

Freidenkerspende 2001

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Freidenker [1956-2007]**

Band (Jahr): **86 (2001)**

Heft 8

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Referendum zustande gekommen: CVP im falschen Boot

Das Referendum gegen die Fristenregelung ist zustande gekommen, allerdings nicht dank der Bundesratspartei CVP. Im Abstimmungskampf werden deshalb Fundamentalisten den Ton angeben.

Im April ergriff die CVP das Referendum gegen die Fristenregelung, die das Parlament mit grosser Mehrheit und nach langer Beratung beschlossen hatte. Die Partei glaubt, sich mit einem eigenen "Schutzmodell mit Beratungspflicht" profilieren zu müssen. Sie verschweigt, dass auch die Vorlage des Parlamentes eine ausführliche Information und Beratung der Schwangeren vorschreibt. Die verordnete

Zweitberatung wird vom grössten Teil der Fachpersonen als nutzlos abgelehnt.

Die CVP wurde von ihrer Basis offensichtlich im Regen stehen gelassen: Sie hat die erforderlichen 50'000 Unterschriften nicht zusammen gebracht. Die Zwangsberatung findet offenbar nicht einmal in ihren eigenen Reihen Anklang.

Dagegen hat die Sammelbewegung fundamentalistischer Abtreibungsgegner "Schweizerische Hilfe für Mutter und Kind" alleine rund 80'000 Unterschriften gesammelt. Die gleiche Gruppierung hat eine Initiative lanciert, die Schwangerschaftsabbrüche sogar für vergewaltigte Frauen verbieten würde. Wie diese Organisation die Kampagne führen wird, wissen wir von ihren früheren Aktionen: polemisch, geschmacklos und frauenverachtend.

Jetzt sieht sich die CVP in der unangenehmen Situation, Junior-Partner der Fundamentalisten im Referendumskampf zu sein. Zu diesen fundamentalistischen Gruppen gehört neben der Vereinigung "Für Mutter und Kind" auch die "Gesellschaft für den Schutz des ungeborenen Lebens Schweiz", mit welcher sich die CVP verbündet hat. Ob sie sich damit einen Dienst erweist, muss die Partei selber entscheiden. Eine wichtige Entscheidungsgrundlage wären wohl die fehlenden Unterschriften.

Die Befürworterinnen und Befürworter einer vernünftigen Fristenregelung haben sich in einem breit abgestützten Komitee "Ja zur Fristenregelung" zusammengeschlossen. Sie fordern die CVP zum gemeinsamen Kampf gegen den Fundamentalismus auf. Dem Komitee gehören bis heute 18 gesamtschweizerische Parteien, Frauen- und Fachorganisationen an.

Medienmitteilung vom 11. Juli 2001 des Komitees "JA zur Fristenregelung", Bern
(Die FVS ist Mitglied des Komitees)

Freidenkerspende 2001: Fristenlösung

Die Delegierten haben am 6. Mai 2001 mit grossem Mehr die Kampagne für eine Fristenlösung zum diesjährigen Spendenprojekt der FVS erkoren.

Ihre Spende wird der

Schweizerischen Vereinigung für einen straflosen Schwangerschaftsabbruch SVSS

zugute kommen, welche die nationale Abstimmungs-Kampagne koordiniert.

Vorstand und Delegiertenversammlung der FVS empfehlen Ihnen dieses Projekt zur Unterstützung.



PC 90 -197500 - 0
"Freidenkerspende"

Auch aktive Mitarbeit ist gefragt!

In den Sektionen werden FreidenkerInnen in diesen Tagen angefragt, sich an Stand- und anderen Aktionen für die Fristenlösung zu beteiligen. Nicht nur Geld ist also gesucht, sondern auch aktive Mitarbeit – für eine Sache notabene, die auch zu den erklärten Zielen der FVS gehört:

"Wir treten nachdrücklich ein für die volle Emanzipation des Menschen. (...) Es steht Frauen und Männern das Recht zu, sich empfängnisverhütender Mittel zu bedienen. Auch haben die Frauen Anspruch darauf, dass ein Schwangerschaftsabbruch nicht strafrechtlich geahndet wird." (FVS-Grundsatzklärung 1986)

Der Zentralvorstand fordert die Mitglieder auf, sich an den regionalen Abstimmungskomitees zu beteiligen und im Namen der FVS aufzutreten.